



100 Mark
Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Säch
Mit Kurszettel

Verlag: Ullstein-Chemie-Verlag, Georg Bredner, Berlin, Verantw. Redakteur: Ann H. Bandelst. J. P. Ebnard, Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.
Erschließungs- und Abzugsspreise, sowie Beilagen, Erschließungsbelege usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.
Erscheinungsort: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26
Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönitz 3860 - 3950; für den Fernverkehr: Amt Dönitz 5686 - 3905; Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 960.

Boincours Doppelzinsigkeit

Die Veröffentlichung über die jüngste Londoner Konferenz, die von französischer und englischer Seite vorgenommen worden, sind für Deutschland von grundlegender Bedeutung. Die Aussage, die die „Poffische Zeitung“ dieser veröffentlicht hat, lauten aus dem französischen Oedibus. Um so bemerkenswerter ist ihr Inhalt, soweit er Zeugnis gegen die französische Politik abgibt.

Es ist faszinierend für Boincours abstraktische Doppelzinsigkeit, wenn er in der Öffentlichkeit veröffentlicht, er habe für den Londoner Verhandlungen am 10. Dezember mit ihnen dem Vorschlag einer gemeinsamen Festlegung des Aufgebotes gemacht, während sich aus dem Protokoll ergibt, daß dieses Boincours sich höchstens auf die Form der Anregung beziehen kann, die nicht als förmlicher Vorschlag erfolgt, wenn auch als einleitend und ernsthaft, daß Bonar Law sich nicht dem Einbruch gewinnen mußte, daß es sich um einen feststehenden Plan handelte.

Aber noch viel charakteristischer ist die Tatsache, daß Boincours die Ginnungspläne seinen Verbindeten dadurch mitgeteilt zu haben scheint, daß er Deutschland bei ihnen benutzte. Er sprach davon, die deutschen Industrien hätten wiederholt persönlich bei ihm Schritte unternommen, „ausdrücklich hinter dem Rücken der Verbindeten Frankreichs“, um mit diesem über die Kollisionsfrage, die Auslieferung der Westwall-Bestimmungen, und die wirtschaftsökonomischen, dem umfassende heutige Abmachungen würden, zu verhandeln. Diese Denunziation ist noch dazu offenbar in einer entstellten Form erfolgt. Deutschland hat in der Tat wiederholt das Angebot gemacht, alle zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Fragen zu erörtern. Da von französischer Seite immer wieder erklärt wurde, daß als wesentliche Garantie die Beteiligung der Industrie gesprochen werden muß, so hat sowohl die Regierung selbst wie das Parlament in Paris durch den deutschen Botschafter immer wieder, daß führende heutige Industrielle — die von Boincours erwähnten Herren Cichins, Klöckner und Eiseberg — bereit seien, über die Gesamtheit der zwischen Deutschland und Frankreich stehenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu verhandeln. Es ist eine doppelte Denunziation, wenn Boincours immer wieder den Staaten der Welt befragt, daß Deutschland nicht direkt mit Paris sprechen wolle, sondern sich immer wieder irgendwelcher Mittelsmänner in London oder in Washington zu bedienen wolle, um sich selbst zu vertheidigen. Es ist mit Paris zu verhandeln, „woher“ er vertritt, er ist mit Paris zu verhandeln. Die Antwort ist die heuchlerische Denunziation, daß man das arme Frankreich zur Untreue haben werden könnte.

Die französische Regierung hat ferner immer wieder zu verstehen gegeben, ihr Mitarbeiter gelte immer der deutschen Regierung, die möglicherweise den besten Willen habe, sondern aber anderen Beherrschern Deutschlands, den Leitern der Schwerindustrie, die allein solchen und Leistungen werden könnten, während die Regierung immer gesünder ohnmächtig sei. Die Regierung, und ihr Botschafter in London, läßt daraufhin antworten, ob man in Paris die führenden Industriellen hören wolle, und die Antwort ist die heuchlerische Denunziation, als freuten die Industriellen danach, ihr persönliche Vorteile durch heimliche Verhandlungen zu verschaffen.

Wenn man die französischen Dokumente liest, gewinnt auch die Annahme volle Glaubwürdigkeit, daß es die Schuld Boincours gewesen sei, wenn auch die privaten Beziehungen zwischen den beiden französischen Staatsmännern immer wieder im Grunde verfallen. Die beteiligten deutschen Kreise erklären, daß die französischen Industriellen bis zu einem gewissen Punkt mit der öffentlichen Meinung, zu einem Ergebnis zu gelangen, die Verhandlungen führten, daß aber insbesondere die prinzipiellen Forderungen konkreter Bestimmungen folgen sollten, ein Zurückweichen erfolgte, das die deutschen Untertäniger sich nur so erklären konnten, daß die französische Regierung inzwischen entsprechende Bestellungen gegeben hätte.

Wie kann man dieses Verhalten Boincours erklären? Wie anders als durch die Annahme, daß er tatsächlich die Politik der G. W. K. am 1. oder 2. März wissen zu betreiben, entschlossen war. Um Unterhandlung gab es keinen ein Frage- und Antwortspiel, bei dem der englische Premierminister in sehr geringem Maße diesen Eindruck zu unterliegen mußte. Die französische Seite besaß das Feld, den Botschafter Simon, daß er zu verstehen, daß die Verhandlungen, von deren Erklärung Frankreich die Nüchternung des Aufgebotes abhängig machte, als unerfüllbar gelten mußten.

Dieser hat die englische Regierung die verschiedenen Straßmannen in der englischen öffentlichen Meinung sich gegenüber gegenüber ausgespielt, um völlig freie Hand zu behalten. Wohlgerne wünscht sie jetzt den Druck auf Frankreich zu verfallen, wobei es noch sehr die Frage ist, ob das in der Zukunft geschieht, die Reparationsfragen entzweien oder weiter als Mittel zu anderen politischen Zwecken zu verwenden.

Jedenfalls aber kann das deutsche Volk die Veröffentlichung des französischen Oedibusses nur begrüßen. Dieses bezeugt für die schon ununterbrochenen Schritte, die es nicht in der öffentlichen Meinung gelegen hat, wenn es nicht gelungen ist, die Aufhebung zu vermeiden. J. E.

Der englische Schatzkanzler tritt in einer schriftlichen Antwort dem Unterhaushalter über den Deutschland an England geleisteten Reparationen mit: Bis zum 30. April 1922

Frankreichs Belegungsziele.

Annexion statt Reparation.

Druckabdruck der „Poffischen Zeitung“.

in Paris, 28. Februar.

Das Geduldbild über die letzten Reparationskonferenzen ist den Pariser Beobachtern erst gestern frühabend ausgegangen und wird deshalb von den meisten Pariser nicht ganz kurz erwähnt. Obgleich die Zeitung die letzte Nummer bereits auf den Inhalt eingehen, bezeichnen den Bericht über die Londoner Verhandlungen vom 10. Dezember als den interessantesten Teil der Veröffentlichung.

Zu der geliebten Zeitung über diesen Bericht ist nachzutragen, daß Boincours eine erste Erklärung über den Inhalt der Aufhebung vom 10. Dezember nicht in der Form eines direkten Vorschlags machte, sondern vorläufig abgibt, er wolle einmal den Fall sehen, daß die Verbindeten sich zur gemeinsamen Festlegung von Osten und Westen entschließen, und dann die von Frankreich erwarteten günstigen Folgen dieser Festlegung für die Regelung der Reparationsfrage darlegte. Boincours hat später bekanntlich versichert, er habe in London die Festlegung des Aufgebotes mit feinem Worte vorgeschlagen.

An der Sitzung vom 10. Dezember hat Boincours auch angegeben, unter welchen Bedingungen die Nüchternung des ohne Annemissionsbedingungen festgelegten Aufgebotes erfolgen würde. Er bezeichnete die Festlegung folgender Bedingungen seitens Deutschlands als notwendig: Abgrenzung der deutschen Finanzen nach dem Verfahren des Reparationskommissionen, Kontrolle der Staatsbank und enghärtige Inflation sowie die Garantiekommission in Berlin. In der gleichen Sitzung äußerte sich Boincours noch, er würde, wenn der ihm vorgeschlagene Fall der Aufhebung stattfände, die Festlegung von Osten und Westen als Druckmittel für die Verhandlungen mit Deutschland benutzen. Sollte Deutschland es ablehnen, die von den Verbindeten geforderten Garantien auszugeben, so würde man sich bemühen, aus dem Aufgebote und aus dem Sinn der Einmaligen zu abgeben. Er würde sich seine Millionen über die neuesten Ergebnisse dieser Operationen, besonders über den Betrag der Fülle. Es sei sicher, daß die zu erzielten Summen viel niedriger sein würden als die im Reparationsplan vorgesehenen Jahreszahlungen. Deshalb ist im Aufgebote festzusetzen, dass man sich bemühen wird, die Mittel verschaffen, möglichst viel materiellen Gewinn aus den Forderungen zu ziehen.

Auf eine Frage Bonar Laws im präzisiertesten Boincours antwortete, der Zweck der von ihm gemeinteten Gefangenen, von Forderungen der Öffentlichkeit Unterstützung erzieher Vorfälle zu zwingen. Nach Unterbreitung solcher Schritte würde er die Forderung nicht behalten, um die Auslieferung der Vorfälle zu überwinden. Sollte diese Auslieferung nicht erfolgen, so würde er sich bemühen, aus den Forderungen möglichst große Einnahmen zu sichern.

Die Interaktionelle „Revue nouvelle“ sagt, der Unterschied zwischen der Forderung, die Boincours in London befehlen und der gegenwärtigen Gefahr des französischen Vorgehens im Aufgebote sei folgende: Boincours würde erklären, es handle sich für Frankreich nicht allein mehr um die Reparationen, sondern zugleich um die Sicherheit seiner Grenze gegen einen neuen deutschen Angriff. Man müsse fragen, ob die französischen Pläne nicht durch den deutschen Widerstand im Sinne aller weitgehender Forderungen umgewandelt werden können. Frankreich erziehe heute nicht nur Geld, sondern eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse. Das linksdemokratische Blatt „Deuxième“ erklärt, man könne Boincours Vorgehen nicht um „Berliner Erklärung“ kritisieren, es sei selbst es im vorangehenden Londoner Antrage. Die Frage im Aufgebote habe sich anders gestaltet, als Boincours voraussetzte. Das Blatt meint, dies erlaube sich dadurch, daß Boincours es unterlassen habe, bei dem Einmarsch ins Aufgebote festhalten den Zweck dieser Festlegung und die Bedingungen für den Rückmarsch zu erklären.

Paris, 27. Februar. (W. Z. B.) Die Kammer hat heute nachmittags die Debatte über die neuen Mittelsrechte fortgesetzt. General Kricheldorf sprach

habe England erhalten in der 637 Millionen Goldmark, direkt aus das britische Befugnisgesetz seien gemäß worden Parismarkt im Werte von 108 Millionen Goldmark. Die Sachleistungen einschließlich Gütern nach den Reparationsabmachungen betrugen 40 Millionen Goldmark. Das made aufsumme 1,185 Millionen Goldmark. Bislang hat 1. Mai 1922 und dem 31. Dezember 1922 sei eine weitere Summe von ungefähr 100 Millionen Goldmark für Ausgaben nach den Reparationsabmachungen an Frankreich usw. eingegangen.

Die 18monatige Forderung. Zur Zeit des Waffenstillstandes, sagte er, habe man vorausgesetzt, daß der Friedensvertrag sowohl die Entschaffung des Oedgers als auch die Behebung der Reparationen und schließlich durch die Belegung des linken Rheinlandes die französische Elbegebiet gewährleisten würde.

Was die Entschaffung anbelangt, so habe man seine Gewissheit bezweifelt, daß die Entschaffung durchgeführt sei, denn, wenn man wolle, müßte Waffen ausgeliefert oder zerstört werden lassen, so wolle man doch nicht festhalten, was die deutsche Regierung am 11. November 1918 befohlen habe. Ferner befänden in Deutschland noch zahlreiche militärische Organisationen.

Was die Reparationen anbelangt, so habe sie Deutschland nicht begehrt, sondern von den Geldern, die es verbiete, eine regelmäßige Restzahlung angenommen (1). Schließlich werde die Regelung des linken Rheinlandes nur noch durch Frankreich gefördert.

Am kürzigen Tage man im Rheinland und werde dort stehen bleiben, bis der letzte Sektler bezahlt sei, den Frankreich zu bekommen habe. Anzuführen seien nach den Waffenstillstand neue Forderungen hervorgetreten, namentlich der Betrag von 200 Milliarden, der Frankreich zu den anderen militärischen Deutschland müsse sehr wohl, das neue Abrechnungsplan, solange Frankreich das Rheinland besetzt hätte, nicht auf französischem Gebiet sich abspielen würden, und deshalb verlange es als erste Voraussetzung eine Veröffentlichung immer die Nüchternung des linken Rheinlandes. Am kürzigen Tage habe man gegenüber dem anderen Dinge das linke Rheinland, soweit das altzeitige Gebiet in Deutschland komme, immer noch im Bereich der auf dem rechten Ufer aufgestellten deutschen Kanonen. Wenn es zu einem Einmarsch komme, müßte Frankreich sich an der Spitze der Armee befinden, um das linke Rheinland über den Rhein überbrücken und den Kampf auf das rechte Ufer hinübertragen.

Simon und Bonar Law.

London, 27. Februar. (W. Z. B.)

Im Unterhaushalter fragte Simon den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung Millersons zur Aufhebung des Aufgebotes sei, monach Frankreich nichts zulassen würde, was es von dem Ziel abbringen würde, was er sich gefürchtet habe. Boincours, daß Frankreich das, was es treffen habe, nicht lassen würde, bevor die Schuld bezahlt sei, und ob die britische Regierung sich bei der französischen Regierung Elbegebiet darüber verhandelt habe, welches das Ziel Frankreichs bei der Fortsetzung der Annexion des Aufgebotes sei, und welches der Betrag der Schuld sei, deren Regelung Frankreich als Voraussetzung für die Zurückzahlung verlange.

Simon antwortete, daß er, seine keine von beiden Bedingungen enthält etwas Neues. Ich habe, was ich schon gesagt habe, nicht hinzuzufügen.

Ein Erwidrerung auf eine weitere Anfrage sagte der Premierminister, der Betrag der Schuld sei wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgesetzt wurde. — Simon fragte: Ist das die Summe, von der Bonar Law erklärt hat, sie könne unmöglich gezahlt werden? — Bonar Law erwiderte: Ja wohl.

Der politische Beauftragte der „Bellman'schen Gazette“ schreibt: Am kürzigen Tage abendigen die Tatsache erörtern werden, daß es Simons gelungen sei, aus dem Vertrauen des Eingeklärtens herauszubekommen, daß Frankreich beständiger, das Aufgebote besetzt zu halten, bis es das Unmöglichkeit erreicht habe. Eine solche Lage sei natürlich unmöglich, sowohl internationale als auch nationale. Die ersten Schritte hätten gegen über den Forderungen, daß die Lösung des Reparationsproblems und die Durchführung des europäischen Friedens nicht erreicht werden können durch die jahre Zustimmung zu dem französischen Eingriff, in die die Regierung hinderte. Die Regierung könne jetzt nicht mehr länger vorhalten, daß die Zeit für den Versuch noch nicht gekommen sei, die Entschaffung einer gefährlichen Lage zu vermeiden. Die Frage müßte jetzt eine weitere Verbesse rung beantwortet werden.

Die Haltung der Arbeiterpartei wurde jetzt im Sinne des Eingeklärtens Bonar Laws mit Interesse bemerkt werden. Man kann heute die Veröffentlichung eines Briefes der Arbeiterpartei erwarten. Der Entwurf habe einen Zweck zu verfolgen, allgemeine Zustimmung gefunden und müßte vor der Veröffentlichung noch abgemindert werden.

In einem Bericht der „Daily Chronicle“ die Haltung Bonar Laws in der anderen Frage ist oft und schnell zu dem

Groß-Berliner Mieten für März 1923

(unter Berücksichtigung der Zugläufe für die Vormonate)

In den Grundmieten (Arbeitsmiete mit 10%, in einfachen Häusern, 20% in Häusern mit Gemischtanlagung und 22%, in Häusern mit Gemischtanlagung und Warmwassererwärmung) treten:	Oktobr.		Novbr.		Dezbr.		Januar		Febr.		März	
	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
Zugläufe für Rinnleitblei		5	5	10	10	10	10	10	10	10	15	
Verwaltungsstellen:												
a) in einfachen Häusern	50	50	150	250	250	450	450					
b) in Häusern mit Warmwassererwärmung oder Gemischtanlagung oder (einfach) in Häusern mit Warmwassererwärmung und Gemischtanlagung	65	65	200	300	300	600	600					
c) in Gebäuden und Industriegebäuden für nicht gewerblich genutzte Räume	65	65	200	300	300	600	600					
d) in Gebäuden und Industriegebäuden für gewerblich genutzte Räume (vom 1. Novbr. 1922 ab ausschließlich bei Rollen f. Bauarbeiten, Bauarbeit etc.)	150	40	100	150	150	300	350					
Sonstige Instandhaltungsarbeiten		50	50	300	500	500	1000					
Große Instandhaltungsarbeiten		50	50	300	500	500	1000					
Vertriebskosten als Umlage:												
In voller Höhe:												
I Grundmieten, 2 Grundmietungsgebühren, 3 Grundmietungsgebühren 4 Wasserz., 5 Erdgasmietzgeb., 6 Rollen für Müllabfuhr in den Grundmietungsgebühren, in denen die Müllabfuhr in diesen Gebäuden liegt, 7 Steuern und Grundsteuer (für Oktober begrenzt auf 55, für März 1922 auf 100 pct. der Grundmiete), die Grundmieten für Gebäude II. Bis zu den nebenstehenden amtlich festgesetzten Höchstbeträgen zu Grundmieten:												
1. Müllabfuhr, in den Mietungsgebühren, in denen die Müllabfuhr durch private Unternehmen bewirkt wird	50	400	500	1000	1000	1500	1500					
2. Schadenaufschlag (einfachlich für Reflektiermiete)	35	35	150	300	300	600	600					
III. Versicherung gegen Feuer (für Oktober, November 1922 bis zur Höhe der Beiträge der Gebäudenversicherung der Grundmieten)				400	400	400	1000					
IV. Versicherung gegen Glas- u. Wasserleitungschäden sowie gegen Diebstahl	40	40	150	150	150	300	800					
V. Gebühr (abgezogen von großen Instandhaltungsarbeiten)	50	50	200	400	400	800	400					
Verzicht auf die Umlage, für Januar und Februar wurde ein Verzicht auf die umsatzgebundenen Vertriebskosten in Höhe der 15fachen Grundmiete erhoben. Von März ab ist der Verzicht auf das Fünftel der Grundmiete erhöht worden.												
Gesamtheitliche und Warmwassererwärmung:												
Vermieter ist berechtigt, an jeden Mietvertragsvertrag — wenn die Mieter-Untermietung bis zum 1. März erfolgt — eine Mietänderung vorzunehmen, nicht selbst aufträgt — für den Einkauf der Güter folgende Verträge zu erheben:												
a) bei Gemischtanlagung und Warmwassererwärmung ein Viertel des Grundmietpreises für jeden Quadratmeter der bebauten Fläche												
b) bei Gemischtanlagung allein ein Gehalt des Grundmietpreises für den Quadratmeter der bebauten Fläche												
c) bei Warmwassererwärmung ein Dreizehntel des Grundmietpreises für jeden Quadratmeter bebauter Fläche												
Der auf die Wohnung des Bauanwerter auf die Gemischtanlagung entfallende Kostenanteil wird auf sämtliche Raumflächen (außer dem Bauanwerter) nach dem Verhältnis der Grundmieten verteilt.												
Untermieter:												
Aufschlag: 1. einfach möblierte Zimmer		200	200	150	150	150	150					
2. bündig möblierte Zimmer		300	300	250	250	250	250					
3. elegant möblierte Zimmer		500	500	300	300	300	300					

Dom 1. März ab

städtische Müllabfuhr.

Das System der Verwertung bleibt.

Wort sei Dom, werden viele Hausbesitzer und Mieter fragen. Nun wird wie endlich geordnete Verhältnisse erhalten, und die Müllabfuhr in den Höfen geordnet. Es wird System in die Verwertung gebracht werden, und es wird nicht mehr vorzukommen, daß ein Wagen der Wirtschaft-Vereinfachung des Mülls heute am 1. März, morgen am 1. März und übermorgen am 1. März ein und derselben Größe abfährt. Wer sich diesen Mülls Erwartungen hingeben sollte, wird sich sehr sehr bald überzeugen, daß aus dem Müllsystem ein anderes hervorgeht, das sich in einem System mit keinen besonderen Begünstigungen das gleiche gegeben ist. Dieser konnte der Hausbesitzer seiner Erwartung wenigstens durch ein genehmigtes Schreiben an die Wirtschaft-Vereinfachung abgeben. Das morgen abfährt wird die Wirtschaft-Vereinfachung einen Besonderebesitzer an die Stadt Berlin, die sich auf ihre Verantwortung verweist. Für den Hausbesitzer ändert sich durch den Übergang der Müllabfuhr an die Stadt Berlin nur das, daß er die Rechnungen von seinem Vermieter erhält und sie fort zu bezahlen hat, und daß er in Zukunft keine Mülls mehr aus seiner Tasche zu zahlen hat, wie es in den Verträgen in denen die Stadt die Mülls bezahlen ließ, die Rollen in voller Höhe auf die Mieter umgelegt sind.

Dieser hatte der Hausbesitzer, der von seinem Unternehmer in die Stadt gekommen wurde, das Recht, das Müll durch einen anderen Unternehmer abfahren zu lassen. Dieses Recht ist ihm durch das neue Gesetz genommen.

Eine weitere Befugnis liegt, daß jeder Hauswirt verpflichtet ist, innerhalb der nächsten acht Tage ein Grundbuch für den 'Eis' anzuzeigen. Gemeint ist wohl das Verzeichnis, in dem das Grundbuch liegt.

Schluß gilt als Bauamt, soweit es nicht aus gewerblichen Betrieben kommt. Es sind nicht im Keller angebracht werden, sondern ist häufig in die Höfen hineingetragen. Die Instandhaltungorganisationen haben die Gehaltsliste für Februar angehängt und um neue Verhandlungen gebeten. Die Arbeitgeber haben abgelehnt, erklären aber, die in der Gehaltsliste angegebenen Gehälter werden in der nächsten Verhandlung wieder eingehalten werden. Die gleiche Antwort haben die Arbeitgeber auch der Metallarbeiter gegeben, die sich um die Ermittlung bemüht haben. Der von dem Metallarbeiterorganisationen in der nächsten Verhandlung gebeten wurde weiteres Borgehen folgt. — Die jetztigen den Firmenleitern und den Geschäftsbetrieblern ausgehenden Konflikte haben die Geschäftsbetrieblern bestätigt, die in der nächsten Verhandlung Referenzen zu verhandeln. Das Referenzamt in dem Unternehmen wird in eine Prüfung der Verhandlungsbedingungen einstimmen und werden, eine Prüfung vorzubereiten. Nicht stützt auf die Zu-

führung der Lage haben die Firmenleiter für morgen eine ordentliche Sitzung anberaumt, die über den Eintritt in neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern befaßt sein.

Der Berliner Eisen- und Stahlindustrie, die als führende Wirtschaftszweig der Stadt Berlin betrachtet werden kann, hat in der letzten Zeit eine außerordentlich gute Entwicklung erfahren. Die Produktion der Eisen- und Stahlindustrie hat sich in den letzten Monaten um etwa 20% erhöht. Dies ist ein Zeichen für die allgemeine wirtschaftliche Erholung der Stadt Berlin.

Der Berliner Eisen- und Stahlindustrie, die als führende Wirtschaftszweig der Stadt Berlin betrachtet werden kann, hat in der letzten Zeit eine außerordentlich gute Entwicklung erfahren. Die Produktion der Eisen- und Stahlindustrie hat sich in den letzten Monaten um etwa 20% erhöht. Dies ist ein Zeichen für die allgemeine wirtschaftliche Erholung der Stadt Berlin.

Der Berliner Eisen- und Stahlindustrie, die als führende Wirtschaftszweig der Stadt Berlin betrachtet werden kann, hat in der letzten Zeit eine außerordentlich gute Entwicklung erfahren. Die Produktion der Eisen- und Stahlindustrie hat sich in den letzten Monaten um etwa 20% erhöht. Dies ist ein Zeichen für die allgemeine wirtschaftliche Erholung der Stadt Berlin.

Der Berliner Eisen- und Stahlindustrie, die als führende Wirtschaftszweig der Stadt Berlin betrachtet werden kann, hat in der letzten Zeit eine außerordentlich gute Entwicklung erfahren. Die Produktion der Eisen- und Stahlindustrie hat sich in den letzten Monaten um etwa 20% erhöht. Dies ist ein Zeichen für die allgemeine wirtschaftliche Erholung der Stadt Berlin.

und das ganze ursprüngliche Deutschland werden wir uns an die verschiedenen Parteien des Landes und rufen sie auf, ihre Stimme mit der (gewissenhaft) und der wirlichen zu vereinigen. Das Parlamentarium, das wir die wichtigsten Aufgaben mit sich bringen werden.

Proßes Abber-Morbillus.

Beginn der Bemessungnahme.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Proßes Abber-Morbillus teilte der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt Schmidt, mit, daß die Verhandlung am 1. März, morgen am 1. März, übermorgen am 1. März stattfinden wird. Die Verhandlung wird in der nächsten Verhandlung stattfinden.

Weiterer Verlauf der Börse.

Im weiteren Verlauf erfuhr die Tendenz an den meisten Märkten weitere Befestigungen, nur einzelne Paare...

An Kassamarkt waren auf der ganzen Linie neue Erholungen festzustellen und das Geschäft war entschieden lebhafter...

Der Geldmarkt zeigte etwas flüssigeres Aussehen. Geld gegen Schatzscheintitel war zu 10 bis 12 pCt. gegen Unterlage von Effekten zu 18 pCt. und darüber erhältlich.

Rechnungsreiter: Hotelbörse 1900, Cartonnagen Losenhofs 7000, Holz, Leinwand 12 000, Maschinen 1000, Eisen 7000.

3-Uhr-Kurse.

Dahlemer 12 750, Maschinen 81 250, Harpen 117 000, Sattelstiel 25 200, A. G. O. 18 900, Lager 24 000, Heiden 25 000, Eickhoffmann 24 000, Lager 30 000, Fildner 30 000, Eickhoffmann 24 000, Eickhoffmann 24 000, Oberfelder 42 000, Diess-Luxemburg 65 000, Banker Bankiers 50 000, Disconto 12 250, Mitteldeutsche 10 000, Darmstädter 10 000, Glanzstoff 14 700, Kollath 20 000, Berl. Handelbank 10 000, Oberfelder 42 000, Nordf. Lloyd 27 250, Diess. Petroleum 35 000.

Die Wiener Börse.

Verkehrte in feiter Haltung. Es notierten: Jul Süd 50 000, Anglo Bank 180 000, Kredit 60 000, Ländersk 31 000, Disconto 68 000, Union 81 000, Staatsbank 250 000, E. G. 30 300, Siemens 21 300, Alpina 440 000, Cosurg 128 000, Felten 268 600, Krupp...

Amtliche Kurse der Berliner Börse vom 28. Februar 1923

Die Notierungen enthalten zwei Stellen weniger als der amtliche Kurszettel. Bestehen die letzten beiden Stellen nicht aus Nullen, so stehen die entsprechenden Ziffern hinter einem Komma. Der Kurs versteht sich also bei den auf deutsche Währung lautenden Papieren nicht mehr pro 100 Mark, sondern pro 1 Mark.

Fortlaufende amt. Notierungen.

Table with columns for various securities and their prices, including Reichsbank, Deutsche Anleihen, and Staatsanleihen.

Deutsche Anleihen.

Table listing German bonds with columns for issuer, amount, and price.

Staatsanleihen.

Table listing state bonds with columns for issuer, amount, and price.

Prämien-Anteile.

Table listing premium shares with columns for issuer, amount, and price.

Ausl. Anleihen.

Table listing foreign bonds with columns for issuer, amount, and price.

350 000, Poldi 900 000, Rima 208 000, Skoda 846 000, Dainler 81 800, Suez 1930 000, Oesterr. Hofbahn 3 700, Ungar. Hofbahn 416 000, Wagner 160 000.

Der Dollar an der Nachbörse.

Um 2 Uhr 22 700, Um 3 Uhr 22 650.

Die Organisation des deutschen Einzelhandels.

Der Hauptausschuss der deutschen Einzelhandels treu gesteuert in einer Tagung zusammen, deren Ergebnisse...

Mageburger Bank A.G.

Der G.V. soll die Verteilung einer Dividende von 20 pCt. erstmalig vorgehoben werden. Ferner soll eine Erhöhung des Aktienkapitals um bis 200 Mill. Mark...

Frankfurter Hof A.G.

Das Unternehmen beantragt Erhöhung des Stammkapitals um 8 auf 18 Mill. M. und Erhöhung des Stimmrechts der Vorzugsaktion von 7-fachen auf das 10-fache.

Neues Aktienunternehmen.

Die Baumwollwarenfirma Neufch & Jone, Berlin, ist laut „Konfektionist“, mit einem Kapital von 10 Mill. M. in eine A.G. umgewandelt worden.

Card Zumpfer, München-Gladbach, Bruno Trumfeld (S. Bleichhald), Dr. Rucker und Hochsantwald Dr. Ernst Wertheimer, Berlin.

Verkauf der amerikanischen staatlichen Handelsbank.

Die amerikanische Regierung, nach einer Mitteilung der Wallen House, keine Veranlassung, den Verkauf betreffend...

Generalversammlungen.

Fortschritt Landmaschinen A.G. Ldz. Die Gesellschaft die sich in der Hauptsache mit der Fertigung von Mähdreschmaschinen befasst, verteilt im ersten Jahre nach als reichlich bestrittenen Abschreibungen 50 pCt. der Gewinne auf 5 Mill. M. Grundkapital...

Ananerk. Schamotte- und Tonwarenfabrik A.G. Oelwa, Coburg. Beschlüssen: Das Kapital wird um 15 auf 20 Mill. M. erhöht.

Richard Blumentfeld, Voltaire Ofenfabrik A.G. Genehmigt Dividende von 50 pCt. Die Ausschüttung für den Abwärts...

